

Kommentar

Clemens Rosenkranz Auch Kleinvieh macht Mist



Da lachen ja die Hühner: Der Biohühnerbauer und Kurzzeitverkehrsminister Matthias Reichhold hat den Weg von Kärnten zurück auf das glatte Wiener Parkett gefunden: Reichhold wurde dritter Vorstand der staatlichen Straßenfinanzierungsgesellschaft Asfinag. Der Biobauer, der sich wegen der Gesundheit aus der Politik verabschiedet hatte, war der bestgereichte Kandidat, so der Aufsichtsrat, sprich: des Eigentümers Republik. Offenbar hat sich der Kärntner Biobauer während der Stallpflicht für sein liebes Federvieh extrem unausgelastet gefühlt und sich aus Langeweile bei der Asfinag beworben. Und wie durch ein Wunder endete sein privater Chicken Run in der Asfinag-Vorstandsetage. Die Causa Reichhold ist der jüngste, aber vermutlich nicht letzte Fall einer Versorgungsaktion, die die Regierung unter Federführung von Kanzler Wolfgang Schüssel durchgedrückt hat. Die kaum verhüllte Botschaft der schwarz-blau-orangen Umfärbungsaktion in staatsnahen Bereichen: Der Staat bin ich. Knapp vor den Wahlen macht die Politik brutal klar, wer in ihrem wirtschaftlichen Einflussbereich das Sagen hat, auch zum Wehe des mit Interventionitis infizierten Unternehmens. Betroffene sind aber auch Kultur sowie Wissenschaft und Forschung. Aber der Kanzler wird den Versorgungshunger seines Koalitionspartners BZÖ auch mit Sorge sehen. Denn die Intensität, mit der für Parteigänger des nicht demokratisch legitimierten BZÖ warme Plätze gesucht werden, lässt den Schluss zu, dass Vizekanzler Hubert Gorbach und seine Bundesgenossen nicht mehr an ihre eigene politische Zukunft glauben. Seine eigene gesichert hat der frischgebackene Asfinag-Vorstand. Und sollte Reichhold bei anderen politischen Konstellationen wieder gehen müssen, kann er mit recht vollen Taschen zurück nach Kärnten gehen und wieder mit seinen Hühnern aufstehen.

Rita Michlits

Bitte macht es mir schwer



Als die Wirtschaftsuni Wien im Herbst 2002 die Studentenausweise mit einer digitalen Unterschrift versehen hatte, glaubte die Regulierungsbehörde RTR, dass sich die Technologie für sichere Bankgeschäfte oder virtuelle Amtswegen nun doch durchsetzen werde. 800.000 Personen sollten bis 2007 statt mit schwerer Füllfeder und Tinte mit leicht zu merkendem sechsstelligen Pin-Code unterzeichnen. Trotz hoher Erwartung und nachweislicher Sicherheit verzeichnete Zertifizierungsanbieter A-Trust Ende 2005 bescheidene 55.000 Besitzer des so genannten A-Sign Premium-Zertifikats, das die virtuelle Unterschrift mit der eigenhändigen gleichsetzt. Anstatt es dem Benutzer leicht zu machen, entwickelten Juristen, Behörden und Techniker ein Prozedere, das den unbändigen Wunsch nach dem Ausweis fürs Internet voraussetzt. Nur dann ist er bereit, sich dem mühseligen Registriervorgang zu unterziehen und sich selbst mit den vielen Wegen und hohen Kosten für Lesegerät, Freischaltung und laufenden Betrieb zu quälen. Unkundige Mitarbeiter bei Banken und Sozialversicherungen schrecken die wenigen Willigen vom Schritt auf die sichere Seite ebenso ab wie die Frage, ob die Signatur nun auf die Bankomater Kreditkarte, auf eine eigene Karte, die nur Unterschrift ist, oder eine kombinierte mit Zugangsberechtigung ins Bürogebäude soll. Kostenlos schaltet sie der Hauptverband auf dem elektronischen Krankenschein frei. Allerdings sickert diese Information nicht so rasch in die Außenstellen durch. Und die Banken akzeptieren diese sechs Kreuzer! auf der E-Card ohnedies nicht. Wer die Hindernisse überwindet und im Internet zeichnungsberechtigt ist, hat nur noch ein Problem: Im Amt unterschreibt er mit seinem Geburtsdatum, Geld überweist er mit dem der Tochter, aber welche Signatur öffnet die geschlossene Bürotür?

Die Rundum-Rettung

Staat, Großbanken und Versicherungen haben mit ihrer Hilfe nicht nur die Bawag gerettet, sondern sich auch selbst geholfen. Das Image des Finanzplatzes Österreich bleibt nur leicht befleckt.

Michael Hann

Mit der Übernahme der Haftung von 900 Mio. Euro für die Bawag hat der Bund das Nötigste getan und sich auch selbst geholfen. Denn für den undenkbarsten Fall einer Bawag-Pleite hätte der Bund, der als Ex-Eigentümer außerdem für die P.S.K. mit fünf Mrd. Euro haftet, ein Problem, das im Budget ein noch größeres Problem aufgeworfen hätte.

Die Bundeshilfe ist ebenso eine Selbstverständlichkeit wie die Geldspritze der Banken und Versicherungen über 450 Mio. Euro, um den Makel vom Finanzplatz zu nehmen. Eine drohende Sammelklage von Refco-Gläubigern über eine Mrd. US-Dollar, die sich vielleicht über Jahre hinzieht und die Bawag in den Schlagzeilen hält, hätte die Bank sicher umgebracht – undenkbar für das viertgrößte Kreditinstitut des Landes, aber auch für den Finanzplatz Österreich.

Die Bawag kann nun also eine Bilanz erstellen und im Wettbewerb weiter mitmischen, bis sie neue Eigentümer bekommt, die ihr jene Glaubwürdigkeit verschaffen, die das vorangegangene Management in der Karibik ertränkte.

Der bisherige Eigentümer ÖGB wird allerdings nicht jene erhofften finanziellen Mit-

tel bekommen, die ihn aus seiner Finanzmisere herausholen werden. Denn von den kolportierten 1,5 Mrd. Euro als möglichen Verkaufspreis wird etwa ein Drittel für die Tilgung des Kredits, mit dem der ÖGB den vormaligen Minderheitsaktionär hinausgekauft hat, an die Bayerische Landesbank nach München gehen.

Trügerische Ruhe

Die Hoffnung, dass die Bank im Wahlkampf aus den Schlagzeilen verschwinden und in Ruhe weiterarbeiten können wird, ist naiv. Die ÖVP kann sich nun als großer Retter der roten Bank feiern lassen. Schlüssel kann als Kanzler staatstragend beweisen, dass in seinem Lager Österreich ist und er über den Parteien steht. Molterer und Lopatka werden aber nicht ruhen, die Roten anhand der Bawag mangelnder Wirtschaftskompetenz zu zeihen.

Hinzu kommt, dass zwar mit den Refco-Gläubigern vermutlich ein Vergleich gelingen wird, jedoch noch offen ist, ob die Refco-Anleger auch schon vom Deal erfasst sind. Weitere pikante Details während der Gerichtsverfahren in den USA sind also nicht auszuschließen.

Der ÖGB wird nicht nur wegen seiner finanziellen Probleme die unbeschränkte Handlungsfähigkeit bestenfalls nach

dem Bundeskongress im Jänner 2007 wiedererlangen können. Dass jener Präsident, der gegen die Statuten verstoßen hat, seinen Nachfolger bestimmt und die von ihm nicht informierten Granden diesen eilig abnicken, ohne ihn durch eine Wahl der Mitglieder bestätigen zu lassen, ist ein gefundenes Fressen für den politischen Gegner. Jene, die innerbetriebliche Demokratie mit Recht verlangen, nehmen ausgerechnet sich und ihre Organisation von demokratischen Spielregeln aus. So nach dem Motto: Es ist ohnehin alles egal, unsere Glaubwürdigkeit ist sowieso schon futsch, weil unsere Bank ja mit jenen Heuschrecken im Flug war, vor denen wir immer gewarnt haben.

Der ÖGB würde vermutlich seine Glaubwürdigkeit nur dann wiedererlangen, wenn die Karibik-Wogen hoch genug aufschwappen würden, um die Verantwortlichen für das Bawag-Desaster aus ihren Penthäusern herauszuspülen. Auch dies ist bloß eine naive Vorstellung. Michael Hann war lange Jahre Chef vom Dienst und Leiter der Wirtschaftsredaktion der Tageszeitung „Der Standard“ in Wien. 1998 wurde er mit dem Horst-Knapp-Preis für hervorragende journalistische Leistungen ausgezeichnet. Hann ist heute als Medienberater tätig.

Karikatur der Woche



Die Bawag Affäre geht dem Kanzler sichtlich nahe...

Zeichnung: Kilian Kada